Massive Kritik am Stellenplan

Etat-Debatte: Rat Höxter berät über den Haushaltsplan

Von Mathias Brüggemann

■ Höxter. Der Stellenplan war am Abend bei der Haushaltsdebatte im Höxteraner Rat das Zünglein an der Waage, ob der verabschiedet werden kann oder nicht. CDU und SPD knüpften ihre Zustimmung an Bedingungen. Das Abstimmungsergebnis stand bei Renicht daktionsschluss noch fest. Hier die Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen.

STEFAN BERENS (CDU)



rens.

Höxter habe in den letzten Jahlich an Lebensqualität gewonnen, stellte der CDU-Fraktionsvorsitzen-Be- de fest und verwies auf eine

folgs-Agenda" unter anderem mit Marktplatzneugestaltung, Bäderkompromiss und Landesgartenschau. Nun gelte es, die Menschen in Höxter zu begeistern. Um das zu errei-chen, brauche es bezahlbaren Wohnraum. Zurzeit fänden Bauinteressierte "nur über glückliche Zufälle" einen Bauplatz. "Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass nicht zuletzt durch die Initiative der CDU-Fraktion im Haushalt Mittel umgeschichtet wurden, die für einen Grunderwerb genutzt werden können." Dies sei der erste Schritt, ein großes zusammenhängendes Baugebiet ausweisen zu können. Dem Stellenplan werde die CDU nur zustimmen, wenn die Stelle des Kämmerers, der ja Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters werden soll, von A 14 auf A 15 aufgestockt werde.

WERNER BÖHLER (SPD) "Es ist uns



in den letzten Jahren noch nie so schwer gefallen, einem Haushalt zuzustimmen heute", sag-Werner te der SPD-Fraktionsvorsitzen-

de. Den Kreditermächtigungen von acht Millionen Euro stünden viele sinnvolle Investitionen gegenüber. "Und mit der Landesgartenschau haben wir uns zu einem weiteren Mammutprojekt verschrieben - zusätzlich zu den schon beschlossenen Großprojekten Medienentwick-Bäderbau, lungskonzept und Sportstättenerneuerung." Von diesen Projekten, die "richtig und wichtig" seien, werde die SPD "nicht auch nur einen Schritt abweichen". Sollte man sich entscheiden müssen zwischen LGS und Bäderbau oder LGS und Schulmodernisierungen, werde sich die SPD für Bäder entscheiden. oder Schulen Dem Stellenplan in dieser Form werde die SPD nicht zustimmen. Böhler schlug vor, den alten Stellenplan fortzuschreiben unter Berücksichtigung des Wegfalls der Beigeordnetenstelle und gegebenenfalls dem Hinzufügen der fünf neuen Stellen am Bauhof und einer auf zwei Jahre befristeten Stelle Schule und Sport.

GEORG HEISEKE (UWG) Ende vergangenen Jahres habe der Haushalt noch ein positives Ergebnis vorgesehen, jetzt



seke.

die wiesen Planungen ein negatives Ergebnis aus. wird da eigentlich rumgerechnet? Immer wieder neue

Zahlen werden uns prä-

sentiert. Planung und Realität klaffen wie immer auseinander", kritisierte der UWG-Fraktionschef. Die UWG werde dem Haushalt deshalb nicht zustimmen. Als weiteren Grund nannte Heiseke die Friedhofssatzung. "Die Rechtslage bezogen auf die geplanten Einnahmen von 77.000 Euro durch die Nutzung der Trauerhalle ist so, dass wir einen Verstoß gegen geltendes Recht sehen." Auch dem Stellenplan werde die UWG nicht zustimmen. "Er ist für uns nicht schlüssig und bedarf weiterer Beratungen.



RALF DOHMANN (BFH) Auch der Fraktionssprecher der "Bürger für Höxter" be-(BfH) mängelte, dass bei der Einbringung des Haushalts mit einem Über-

mann. schuss 177.000 Euro gestartet worden sei, nun

der Etat aber einen Fehlbetrag von 700.000 Euro ausweise. "Dies deutet auf keine solide Haushaltsplanung hin, wenn viele Positionen, die bereits bekannt waren, nicht vollständig berücksichtigt wurden." Die BfH werde weder Haushalt noch Stellenplan zustimmen.

LUDGER ROTERS (GRÜNE) Zustim-



mung zum Haushalt, Beratungsbedarf beim Stellenplan nach Aussagen ihres Fraktionssprechers Ludger die Haltung der Grü-

nen.

Rück-

blickend und vorausschauend stelle er fest, "dass wir unsere Kräfte gebunden haben – personell wie finanziell. Wir haben uns festgelegt und dadurch die kommenden Haushalte belastet. Für allerdings sinnvolle und mit breiter Mehrheit befürwortete Projekte. Für eine höhere Lebensqualität in unserer Stadt", sagte Roters.

Der



MARTIN HILLEBRAND (FDP) Ratsherr sprach sich für eine Senkung Grundsteuer B und der Gewerbesteuer Die aus. Freibadsanierung bezeichnete er

als "Luxus,

lebrand.

den wir uns nicht leisten können". Den Stellenplan empfinde er als "Farce". Zwei A 16-Stellen hätten nichts mit einer Neustrukturierung der Verwaltungsführung zu tun.